Stand: 27.12.2025 22:57:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1798

"Schwerpunktsetzung bei den TTIP-Verhandlungen - Qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1798 vom 07.05.2014
2. Beschluss des Plenums 17/1869 vom 07.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 07.05.2014

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.05.2014 **Drucksache 17/1798**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Schwerpunktsetzung bei den TTIP-Verhandlungen – Qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge im Sinn von unverhandelbaren „roten Linien“ definiert und von den Verhandlungen zu einem Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ausgenommen wird.

Zudem sollen folgende wichtige Verhandlungsschwerpunkte herausgestellt werden:

- Das Vorsorgeprinzip soll auch bei der Zulassung in die EU einzuführender Produkte Anwendung finden.
- Die Schwerpunkte der Verhandlungen sollen auf qualitatives Wachstum im Sinne sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU gesetzt werden.
- Transparente Verhandlungen und regelmäßige Berichte sowie eine fortlaufende Information der Öffentlichkeit und die Einbeziehung der öffentlichen Interessen in die Verhandlungen werden eingefordert.
- Die Souveränität der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen dürfen im Zuge der Umsetzung einer TTIP (Streitschlichtungsverfahren) nicht unterlaufen werden.

Begründung:

Ein Transatlantisches Freihandelsabkommen muss in erster Linie als zukunftsfähiges bzw. langfristig tragfähiges Konzept für alle EU-Mitgliedstaaten gelten können. Dies kann nur gelingen, wenn der Besitzstand der Europäischen Union erhalten bleibt und deren Standards weiterhin gewahrt werden können. Das Vorsorgeprinzip der EU stellt einen Wert der EU dar, der für die EU-Bürgerinnen und Bürger essenziell ist.

Ein rein quantitatives ökonomisches Wachstum und ein Anstieg von Beschäftigungsverhältnissen, wie es im Zuge der TTIP-Verhandlungen stets postuliert wird, gewährleistet noch keine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Es ist wichtig, dass die Verhandlungsführer vor allem eine qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, wie sie beispielsweise sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bieten, sowie im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in der EU verhandeln**.** Zudem müssen demokratische Prozesse in jedem Mitgliedstaat ungestört stattfinden können und geschützt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.05.2014 **Drucksache 17/1869**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**1798**

Schwerpunktsetzung bei den TTIP-Verhandlungen – Qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Dr. Franz Rieger
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Christine Kamm
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Abg. Gisela Sengl
Abg. Ulrike Müller
Abg. Gudrun Brendel-Fischer
Abg. Rosi Steinberger
Staatsministerin Dr. Beate Merk

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)
Bayerische Interessen bei der TTIP durchsetzen (Drs. 17/1780)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)
Schwerpunktsetzung bei den TTIP-Verhandlungen - Qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU (Drs. 17/1798)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ablehnung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bei Überschreitung der bayerischen roten Linien (Drs. 17/1799)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transatlantisches Freihandelsabkommen darf Umwelt- und Verbraucherschutzstandards der Europäischen Union nicht aufweichen (Drs. 17/1800)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Dr. Rieger.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein Thema bewegt europapolitisch in letzter Zeit so sehr wie das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Gegner dieses Projekts haben in kurzer Zeit mehrere hunderttausend Unterschriften dagegen gesammelt. Diese Bedenken nehmen wir sehr ernst. Deshalb hat sich auch der Europaausschuss in den letzten Monaten sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Sowohl Vertreter der EU-Kommission als auch der amerikanischen Verhandlungsdelegation haben im Ausschuss über ihre jeweilige Verhandlungsposition berichtet. Um sicherzustellen, dass das Freihandelsabkommen nicht zu einer Absenkung europäischer Schutzniveaus führt, haben wir heute diesen Dringlichkeitsantrag gestellt. Wir wollen damit deutlich machen, dass dieses Abkommen viele Chancen bietet, aber auch mit Risiken behaftet ist, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt wirksam ausgeschlossen werden müssen.

Für Bayern sind die USA nicht nur der wichtigste Exportmarkt, sondern zugleich auch der wichtigste Investitionsstandort. Die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen verbessert gerade auch für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen die Chancen im internationalen Wettbewerb. So fallen zum Beispiel für die Einführung von Schuhen immer noch 56 % an Zöllen an die USA an. Die deutsche Automobilwirtschaft zahlt für ihre Exporte in die USA jährlich über eine Milliarde Euro an Zöllen.

Unterschiedliche Produktstandards führen dazu, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen nicht den Schritt über den Atlantik wagen. Eine Harmonisierung dieser Standards kann ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Ob ein amerikanisches Auto rote Blinker hat oder ein europäisches Auto gelbe Blinker, macht für die Verkehrssicherheit keinen Unterschied. Für den Im- und Export bedeutet das aber ein großes Hindernis.

Meine Damen und Herren, ganz anders ist die Situation bei der kommunalen Daseinsvorsorge und den hohen EU-Schutzstandards, insbesondere beim Verbraucherschutz

und in der Landwirtschaft. Diese dürfen auf keinen Fall abgesenkt werden. Wir wollen keine genmanipulierten Lebensmittel, kein Klonfleisch, keine Gen-Tomaten und keine Chlor-Hühnchen auf unseren Tellern haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit wann?)

Auch unsere Trinkwasserversorgung gehört nicht in die Hand ausländischer Investoren, sondern sie muss in der Hand unserer Kommunen bleiben. Das ist nicht verhandelbar.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen auch keinen Verhandlungsspielraum in der Frage von Schiedsgerichten für Klagen von Investoren gegen Vertragsstaaten. Eine solche missbrauchsanfällige, mit demokratischen Grundwerten unvereinbare Paralleljustiz lehnen wir grundsätzlich und entschieden ab.

(Christine Kamm (GRÜNE): Was tut die Bundesregierung?)

Sowohl die EU als auch die USA haben hoch entwickelte und gut funktionierende Rechtssysteme. Wir brauchen daneben keine Schiedsgerichte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Der bisherige, von Intransparenz geprägte Ablauf der Verhandlungen hat bei vielen Menschen berechtigtes Misstrauen ausgelöst. Es ist deshalb erfreulich, dass die EU-Kommission mit der öffentlichen Konsultationsphase beim Investitionsschutz jetzt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht hat. Weitere solcher Schritte müssen folgen.

Ein Abbruch der Verhandlungen, wie ihn die GRÜNEN mit ihrem Dringlichkeitsantrag heute fordern, ist aber der falsche Weg. Damit würden wir die Vorteile, die ein Freihandelsabkommen mit den USA bietet, frühzeitig verspielen. Die inhaltlichen Verhandlun-

gen haben erst begonnen. Wir sollten abwarten, welche Ergebnisse gefunden werden. Dann haben sowohl das EU-Parlament als auch die nationalen Parlamente die Möglichkeit, den Text der Vereinbarung ausführlich zu prüfen.Erst wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, kann eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Deswegen ist auch der Antrag der FREIEN WÄHLER verfrüht, den wir ebenso ablehnen werden wie den Antrag der SPD.

Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag greift unsere Fraktion die derzeit bestehenden Befürchtungen der Bevölkerung auf. Gleichzeitig machen wir deutlich, welche Chancen ein Freihandelsabkommen nicht nur für unsere heimische Wirtschaft, sondern auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Lande bietet. Ich bitte Sie daher im Namen unserer Fraktion um die Zustimmung zu unserem Antrag.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Ich habe noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Dr. Rieger: Sie haben gesagt, es sei völlig verfrüht, das Ganze abzulehnen. Meine erste Frage dazu: Warum passiert das Ganze dann hinter verschlossenen Türen? Wenn es möglich ist, es offenzulegen, kann man das auch entsprechend darstellen. Das Zweite: Mehrere Kollegen haben an einer Anhörung von Kollegen aus Brüssel teilgenommen. Die Betroffenen haben alles nur toll gefunden. Wie können Sie das zusammenreimen?

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Kollege Herz, ich habe in meiner Rede gesagt, die Verhandlungen müssten transparenter werden. Andererseits können Sie bei derartigen Verhandlungen – das gilt bei allen rechtlichen Fragen – nicht jeden, der mittelbar betroffen ist, beteiligen. Sie müssen einen Mittelweg finden. Deswegen sind auch wir für bessere Transparenz. Die Transparenz hat aber Grenzen. Dies zum ersten Teil der Frage.

Zum zweiten Teil der Frage: Wir haben als bayerischer Europaausschuss – im Übrigen als erster Ausschuss vor dem Bundestag – in Bayern Anhörungen durchgeführt und alle Seiten gehört. Wir haben sogar in Brüssel die EU-Kommission zu dieser Thematik gehört. Wir bekamen überall zur Auskunft – ich will das hier betonen -, dass die roten Linien, die die SPD heute in ihrem Antrag zeichnet, ohne dass ich das Wort so gebraucht habe, in Bezug auf den Verbraucherschutz und den Lebensmittelstandard nicht verhandelbar sind und gehalten werden. Das haben uns sogar die Verhandlungsführer in München nochmals zugesichert. Sie werden auch Verständnis dafür haben: Es handelt sich nur um die zurzeit bestehende Verhandlungsposition. Es geht weiter, und wir sind mitten in Verhandlungen. Es handelt sich also nur um eine Zwischeninformation. Die Verhandlungen laufen seit Herbst letzten Jahres und sind jetzt in der vierten Runde. Sie müssen jedem Verhandlungspartner die Chance geben, die Regelungen einigermaßen auszuhandeln und dann darüber zu urteilen, zumal die nationalen Parlamente und das EU-Parlament noch darüber entscheiden müssen.

Das Wichtigste ist: Ich habe aus diesen Anhörungen – Sie waren ebenso wie die SPD da – vertrauenswürdig mitgenommen, dass sowohl unsere Trinkwasserversorgung als auch unsere Lebensmittelschutzstandards in Hinblick auf gentechnische Vorgaben, die wir in der EU haben, wonach keine genmanipulierten amerikanischen Lebensmittel eingeführt werden können, beibehalten werden können. Dieses Vertrauen sollte auch Ihre Fraktion mitnehmen und den Verhandlungsführern die Gelegenheit geben, dieses Abkommen fertig auszuverhandeln, den Gremien vorzulegen und dann zu entscheiden. Man sollte die Sache aber nicht von vornherein verteufeln, wie es die FREIEN WÄHLER machen. Ich habe auch die Chancen genannt, die gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Bayern in Bezug auf den Export haben. Dies betrifft die Zollschranken, die fallen und irgendwann fallen müssen. Das betrifft auch Arbeitsplätze. Die Chance – wir sind in der Regierungsverantwortung – wollen und müssen wir wahrnehmen. Ich appelliere an Sie, dass auch Ihre Fraktion, die SPD und die GRÜNEN diese Verantwortung wahrnehmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich habe eine weitere Zwischenbemerkung von Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben gesagt, dass Sie das Investitionsschutzabkommen kritisch sehen und die Schiedsgerichte ablehnen. Ich bin der Meinung, dass die Schiedsgerichte nicht Gegenstand dieser Verhandlungen auf europäischer Ebene sein können, weil es die nationale Kompetenz betrifft. Was unternimmt die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene, damit dieses Investitionsschutzabkommen und die Schiedsgerichte aus diesem Paket herausgenommen werden?

Dr. Franz Rieger (CSU): Das ist eine Frage, die ich an den Herrn Ministerpräsidenten oder an die Frau Europaministerin weiterreichen müsste. Ich beantworte sie stellvertretend. Ich nehme an, die Europaministerin wird es richtigstellen, wenn es nicht stimmt. Die Bayerische Staatsregierung wird alles tun, auch kraft ihres Einflusses in der Regierung in Berlin, um Einfluss darauf zu nehmen, dass die Investitionsschutzklauseln so gestaltet werden, dass wir nicht auf intransparente Schiedsgerichte angewiesen sind. Kann ich das einmal so sagen? Es ist auch gut, dass der Gleichklang zwischen der bayerischen Landespolitik und der Bundespolitik gegeben ist. Über diesen Gleichklang sind wir intern sehr froh, und deswegen werden wir auf Bundesebene in diesem Sinne alles tun.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Wortmeldung: Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rieger, vieles von dem, was Sie gesagt haben, kann man unterstützen. Allerdings würde ich bei Ihrem grenzenlosen Vertrauen in die Verhandlungsführer bei dieser Materie ein paar Fragezeichen machen. Sie mussten durch NGOs und Unterschriftensammlungen gezwungen werden, diese Verhandlung von den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit zu tragen. Es bestand anfänglich überhaupt keine Transparenz. Deswegen würde ich mit dem Vertrauen etwas vorsichtig sein.

Zum Zweiten, lieber Herr Dr. Rieger: Es hat mich etwas gewundert, als Sie sagten - und deswegen will ich es gleich aufgreifen -, die Anträge der FREIEN WÄHLER und der SPD seien noch zu früh. Ich gehe davon aus, dass Sie sie ablehnen, weil sie zu früh sind. Das ist interessant. Im Antrag der FREIEN WÄHLER – ich bin nicht da, um den Antrag der FREIEN WÄHLER zu begründen; das könnt ihr selber machen – steht nichts anderes, als dass wir ablehnen, wenn die roten Linien nicht eingehalten werden. Im Prinzip ist das also das Gleiche, was Sie beantragen, nur halt jetzt. Nachdem jedermann weiß, lieber Herr Dr. Rieger, dass das Europaparlament eine Ja/Nein-Entscheidung trifft und kaum Einfluss hat, wenn das fertigverhandelt wird, wäre es sehr sinnvoll, heute schon zu dokumentieren, dass man diese roten Linien des Schutzes der öffentlichen Daseinsvorsorge auf jeden Fall berücksichtigt haben will. Es wäre also im Sinne Ihres Antrags, wenn Sie dem zustimmen würden. Deswegen verstehe ich das überhaupt nicht. Sie können das noch aufklären.

Auf den SPD-Antrag komme ich gleich zu sprechen. Sie wollen ablehnen, dass man die öffentliche Daseinsvorsorge definiert, um den Verhandlungsführern in Brüssel sozusagen eine Anleitung zu geben, was wir darunter zu verstehen haben. Dass Sie das ablehnen, macht Ihren Antrag völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin immer wieder überrascht: Die CSU ist immer wieder mal – Betonung auf "mal" - lernfähig. Es wird gerade der Eindruck erweckt, als hätte die CSU-Fraktion das Thema transatlantisches Freihandelsabkommen entdeckt undals würde die CSU-Fraktion hier und heute im Bayerischen Landtag dafür sorgen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, dass das bayerische Volk und alle anderen geschützt würden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben es richtig begriffen, Herr Pfaffmann! Genau so ist es!)

- Ja, lieber Herr Fraktionsvorsitzender. Dann darf ich einmal zitieren, was Ihr Kollege Ferber vor vier Monaten gesagt hat. Das sollte man nicht vergessen. Ferber, der Vor-

sitzende der EU-Gruppe, hat erklärt: Es sei Panikmache, die Sorge um die Daseinsvorsorge und den Schutz der kommunalen Selbstverwaltung anzuzweifeln. Das war vor fünf Monaten.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Panikmache!)

Die CSU hat erklärt, die Sorge um die öffentliche Daseinsvorsorge sei Panikmache. Heute stellen Sie einen Antrag. Glückwunsch. Sie haben es in der Tat gelernt.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Antragsberatung im Kommunalausschuss am 27.11. hat Ihr Kollege Flierl erklärt, EU-rechtliche Standards seien nicht tangiert. Heute beantragen Sie, dass sie nicht tangiert werden. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis nach fünf Monaten! Diesmal ist es relativ schnell gegangen. Ich bin schon lange Mitglied in diesem Hause. Es geht nicht immer so schnell. Irgendwann kommen Sie schon drauf. Manchmal dauert es Jahre; diesmal hat es nur ein paar Wochen gedauert, bis Sie etwas gelernt haben.

Herr Ministerpräsident, selbst das zuständige Ministerium hat in derselben Sitzung zu Protokoll erklärt, die kommunale Daseinsvorsorge sei sicher. Diesen Spruch habe ich in meiner politischen Zeit schon einmal in einem anderen Zusammenhang gehört. Hier hieß es: Die kommunale Daseinsvorsorge ist sicher. Warum stellen Sie denn dann heute diesen Antrag, wenn sie sicher ist? Das müssen Sie einmal erklären. Ich begrüße den Antrag. Wir werden ihm auch zustimmen. Sie werden sich wundern. Warum Sie aber diesen Antrag stellen, wenn alles so sicher ist, wie Sie das noch vor drei Monaten erklärt haben, das bleibt Ihr Geheimnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht gegen das Freihandelsabkommen. Natürlich kann man verhandeln. Natürlich sind Handelshemmnisse abzubauen. Dadurch werden wirtschaftliche Impulse gegeben. Das will ich gar nicht abstreiten. Aber: Dieses Thema wird der Öffentlichkeit als grenzenloses Wirtschaftswachstum verkauft.

Tausende oder Hunderttausende neuer Jobs würden entstehen, dies wäre ein Jobmotor. Superlative werden ins Volk gestreut.

Die Wahrheit ist eine andere: Die Wahrheit lautet, dass dadurch ein Wachstum von 0,5 % prognostiziert wird, 0,5 % Wachstum, aber nicht im Monat, sondern in zehn Jahren. Das heißt, ein Wachstum von 0,5 % reicht aus, damit diejenigen, die das Freihandelsabkommen unbedingt wollen, glänzende Augen bekommen.

Jobmotor: Lieber Herr Vorsitzender des Ausschusses, 0,4 % Beschäftigungsrelevanz, das bedeutet nicht Hunderttausende neuer Jobs. Außerdem wird die Frage nach der Qualität der Jobs in diesem Zusammenhang überhaupt nicht mehr gestellt. Sind das tariffeste Arbeitsverträge, woran wir ein Interesse haben? Sind das Arbeitsverträge, die mit Mindestlöhnen belegt sind, woran wir ein Interesse haben? Diese Fragen werden nicht problematisiert. Ich will das hier tun und sage Ihnen: Das Risiko, dass wir zwar Arbeitsplätze schaffen, aber im Niedriglohn-Bereich oder im ungesicherten Bereich, ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Deshalb meine ich: Ein Freihandelsabkommen kann nur verhandelt werden, wenn darin soziale Arbeitnehmer-Standards aufgenommen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur dann ist ein solches Abkommen zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einen anderen Punkt aufgreifen. Sie haben in den Antragstext die Formulierung "gewisse Risiken" hineingeschrieben. Nein, Herr Dr. Rieger, es sind erhebliche Risiken. Ich erinnere Sie an die Prinzipien bei der Einführung neuer Produkte und neuer Waren. Was soll denn nun gelten, das Vorsorgeprinzip wie in den USA? Nach dem Vorsorgeprinzip der USA werden Waren oder neue Entwicklungen auf den Markt gegeben. Hinterher können sich die Menschen zwar darüber beschweren oder dagegen klagen, aber das Produkt ist auf dem Markt. Dies gilt in den USA. In der Bundesrepublik haben wir ein Vorsorgeprinzip. Hier muss ein neues Produkt erst einmal genehmigt werden, bevor es in Umlauf kommt.

Was wollen Sie? Wollen Sie wirklich Sicherheit bei Produkten, die in Deutschland auf den Markt kommen und hier verkauft werden? Wollen Sie sichere Produkte? Wenn Sie das wollen, müssen Sie das Vorsorgeprinzip zur Grundlage der TTIP-Verhandlungen machen. Das ist eine rote Linie.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das wollen wir ja!)

- Na, dann können Sie ja unserem Antrag gerade im Hinblick auf die Daseinsvorsorge zustimmen, Herr Ministerpräsident.

(Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Wir wollen auch was hören!)

- Sie möchten auch etwas hören. Das freut mich. Das ist prima. Ich werde es versuchen. – Ich komme zu meinem nächsten Punkt, zum Thema Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge scheint über die Fraktionen hinweg das entscheidende Thema zu sein. Jawohl, wir wollen auch, dass die kommunale Selbstverwaltung im Rahmen der Verhandlungen mit den USA abgesichert wird. Das wollen wir alle. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Herr Dr. Rieger, ich verstehe Sie allerdings überhaupt nicht. Ich erinnere Sie an die Anhörung im Europa-Ausschuss, bei der Herr Schlegelmilch, der zuständige Direktor der EU-Kommission, gesagt hat, die Daseinsvorsorge sei zwar ausgenommen, aber was die Daseinsvorsorge sei, würden die EU-Mitgliedstaaten definieren. Das hat er gesagt. Sie können es im Protokoll nachlesen.

Wenn wir keine Definition der Daseinsvorsorge haben, wovon sollen dann die EU-Koalitionäre, die Verhandler, ausgehen? Dann werden sie Niedrigst-Standards annehmen, sonst nichts. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Daseinsvorsorge definieren, und zwar so, wie wir sie verstehen. Wir müssen uns im Bund dafür einsetzen, dass dies ein No-Go wird. Wer die Daseinsvorsorge angreift, handelt eben nicht im Interesse unseres Landes, schon gar nicht im Interesse Bayerns. Deswegen brauchen wir eine Definition: Öffentlicher Personennahverkehr, kulturelle Vielfalt, Wasserversorgung und Schutzstandards, dies alles muss beschrieben werden, damit die Kommission

auch weiß, wovon wir reden; denn jeder versteht etwas anderes unter diesen Begriffen.

Lieber Herr Dr. Rieger, wenn Sie Sicherheit wollen, sollten Sie der Definition der kommunalen Daseinsvorsorge zustimmen. Dieses Thema füllt ganze Bücher. Rechtsfest für eine Verhandlung sind diese Definitionen jedoch nicht. Deshalb verstehe ich Ihr Verhalten überhaupt nicht. Vielleicht überlegen Sie es sich noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Pfaffmann, bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich möchte einmal eine eindeutige Stellungnahme der SPD in Bezug auf Gentechnik. Klar ist, dass die Landwirtschaft aus dem Freihandelsabkommen nicht herausgenommen wird. Sie stellt für beide Seiten einen großen Bereich des Freihandelsabkommens dar. Nachdem sich 80 % der Bundesbürger und alle bayerischen Bäuerinnen und Bauern einig sind, dass sie Gentechnik ablehnen, ist festzustellen: Wenn das Handelsabkommen kommt, kommt auch Gentechnik auf unsere Teller. Sie landet nicht nur im Futtertrog, sondern auch auf unseren Tellern. Deshalb möchte ich heute eine eindeutige Stellungnahme der SPD dazu hören. Ich war in der letzten Woche auf einer Podiumsdiskussion. Eure jungen Parteikollegen sind hier wesentlich aufgeschlossener als die älteren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): So ein Unsinn! – Bernhard Roos (SPD): Uli, Du bist auch noch jung!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bin auch noch jung, das wollte ich auch bemerken. Zumindest fühle ich mich jung. – Ich kann diese Frage beantworten. Ich weiß nicht, wo immer diese Skepsis herkommt. Die SPD-Fraktion lehnt Gentechnik im Bereich der Lebensmittel ab, fertig.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Ganz eindeutig!)

Das sage ich gerne noch zwanzigmal. Es ist einfach so. Auf die Frage, warum sich da manche Kollegen im EU-Parlament anders verhalten, hätte ich gemeinsam mit Ihnen gern eine Antwort. Wir hier lehnen sie ab, um das deutlich zu sagen. Aber wir sind halt auch nicht für das Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament verantwortlich, wie auch immer es zustande gekommen ist. Ich kritisiere das. Wie auch immer es zustande gekommen ist – ich weiß, worauf Sie anspielen -, es findet nicht unsere Zustimmung, um das ganz eindeutig zu sagen.

Im Übrigen würde ich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn ich recherchieren würde, zu dem einen oder anderen Thema bestimmt ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten der GRÜNEN im bayerischen Parlament und im Europäischen Parlament finden. Da können Sie sicher sein.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulrike Müller.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP genannt, erregt gerade große Aufmerksamkeit in unserer Bevölkerung. Ich glaube, niemand ist aktuell so massiv betroffen wie ich persönlich. Ich bin täglich unterwegs, nehme an Podiumsdiskussionen teil und wundere mich heute doch über den Antrag der CSU, unserer Regierungspartei. Denn aktuell ist es so, liebe Kollegin Sengl: In Diskussionsrunden glänzen die CSU und die FDP immer durch Abwesenheit. Anwesend sind die SPD, die GRÜNEN, die LINKEN und die unterschiedlichsten Parteien, nur nicht unsere Regierungspartei. Das finde ich sehr schade

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schwach!)

- oder schwach. Aus meiner Sicht ist das nur traurig, weil die Bevölkerung zu Recht Sorgen hat, was das Freihandelsabkommen betrifft. Es geht um unsere Daseinsvorsorge, es geht um unsere Sozialstandards, um unsere Umweltstandards und um un-

sere Verbraucherschutzstandards. Ich bin sehr froh, dass die Medien das Thema inzwischen aufgegriffen haben und es positiv begleiten.

Die Positionen der FREIEN WÄHLER sind bekannt. Heute liegt ja nicht unser erster Antrag vor. Wir haben mehrfach einen Stopp der laufenden Verhandlungen gefordert. Wir wollen Transparenz. Wir wollen Klarheit. Wir wollen die Öffentlichkeit informieren, und wir wollen, dass der Ausschuss der Regionen und nicht nur die NGOs wesentlich besser eingebunden wird. Das ist uns wirklich sehr wichtig, weil der Ausschuss der Regionen im Europäischen Parlament aus unserer Sicht eine Schlüsselfunktion hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, dass die heutige Positionierung der Regierungspartei zu diesem Antrag nicht nur Wahlkampfgetöse vor der Europawahl am 25. Mai ist. Ich weiß nämlich, dass uns das Thema noch länger begleiten wird. Es darf nicht in die Mottenkiste der vergessenen und eingestaubten CSU-Wahlkampfversprechen wandern. Dazu ist es zu wichtig. - Herr Ministerpräsident, Sie sagen, Sie hören auf das Volk. Darum fordere ich Sie auf: Nehmen Sie bitte unseren Antrag mit an! Es ist nämlich Wille des Volkes, dass wir hier eine Mitsprache bekommen und unsere Sorgen ernst genommen werden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Brendel-Fischer?

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich möchte zuerst fertig sprechen. Hinterher beantworte ich Ihre Frage. - Die CSU tut sich aktuell sehr schwer, im laufenden Europawahlkampf eine Position zum TTIP zu beziehen und gleichzeitig die Interessen der Lobbyisten und der Großindustrie zu vertreten. Ich habe große Zweifel, dass das Handwerk und der Mittelstand von dem Abkommen profitieren.

Der Landtag hat sich in letzter Zeit schon mehrfach klar positioniert. Er hat den Anträgen 17/108, 17/119, 17/125 und 17/400 einstimmig zugestimmt und hat damit eine klare rote Linie gezogen. Diese rote Linie wollen wir alle nicht überschreiten. Ich weiß daher nicht, was der Antrag der Regierungspartei darüber hinaus bewirken soll. Für mich persönlich ist er viel zu schwammig; eigentlich könnte man sich nur der Stimme enthalten. Aber weil er uns nicht weit genug geht, werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade im Bereich des Investorenschutzes widersprechen Sie dem Antrag auf Drucksache 17/400. Dort haben wir nämlich klar und deutlich definiert, dass Bayern daran festhält, dass die Souveränität der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen nicht durch "Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen" unterlaufen werden darf. Genau das ist nämlich der Punkt. Wir werden also diesem Antrag nicht zustimmen. - Wir befürworten natürlich den Antrag der GRÜNEN und werden ihn mittragen, weil wir ihn für richtig halten. Der Antrag der SPD ist so etwas wie eine aufgewärmte Suppe. Er enthält nichts Neues; aber man kann ihn mittragen, und wir stimmen ihm zu.

Nun zu dem weiter reichenden Antrag von uns FREIEN WÄHLERN. Wir wollen einen Neustart der Verhandlungen. Wir sind Pragmatiker und gehen davon aus, dass das Freihandelsabkommen in Kraft treten wird. Dann werden die Mitgliedstaaten mit in die Pflicht genommen. Genau das fordern wir in unserem Antrag. Wir wollen ein klares Bekenntnis der Regierungspartei, ob sie, wenn es im Bundesrat und im Bundestag zu den Abstimmungen kommen wird, mithelfen wird, die anderen Länder davon zu überzeugen, dass das Freihandelsabkommen abgelehnt wird, wenn die roten Linien überschritten werden, oder ob sie dem Abkommen im Bundestag und im Bundesrat zustimmen wird.

Deswegen stellen wir unseren Antrag zur Abstimmung. Wir wissen, dass er weitreichend ist, und der Zeitpunkt ist heute genauso richtig wie in den kommenden Mona-

ten, weil die rote Grenzlinie der Daseinsvorsorge sowie der Sozial- und Umweltstandards gezeichnet ist. Sie liegt jetzt schon vor. Wir wissen, worum es geht. Deswegen bitte ich Sie alle, Ihr Abstimmungsverhalten zu überdenken und unserem Antrag zuzustimmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt die Kollegin Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Müller, mir hat sich während Ihres Vortrags eine Frage gestellt: Wie wollen Sie mit Ihrer Haltung im Europäischen Parlament, so Sie da einziehen, sich sachlogisch der Fraktion der Liberalen anschließen?

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich werde mich der Europäischen Demokratischen Partei anschließen. Das habe ich öffentlich schon mehrfach gesagt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Warten Sie ab! Sie sind ja noch nicht gewählt!)

- Genau. Sie ist ja davon ausgegangen, dass ich es werde. Wenn ich es nicht werde, bleibe ich gern im Bayerischen Landtag und kämpfe für die Interessen unserer Bürger.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Jetzt bitte ich die Kollegin Rosi Steinberger ans Rednerpult.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU, der uns heute vorliegt, könnte unter der Überschrift laufen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die CSU-Fraktion betont in der einleitenden Passage, wie wichtig sie es findet, dass das Abkommen zustande kommt. Man bekommt fast den Eindruck, die exportorientierte bayerische Wirtschaft wäre in großer Gefahr, wenn das Abkommen scheitert. Aber die zentralen Inhalte des Abkommens will die CSU auch wieder nicht. Das passt nicht zusammen. Das ist unlogisch, das ist inkonsequent.

Wir sehen das etwas realistischer. Zum einen floriert der Handel zwischen Bayern und den USA auch ohne TTIP bereits jetzt hervorragend. Zum anderen sind die Erwartungen an Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze wirklich bescheiden. Wir haben heute schon von einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % in zehn Jahren gehört; das sind offizielle Zahlen. Das ist eigentlich gar nichts.Natürlich wäre es für die Automobilindustrie praktischer, wenn sie etwas weniger Prüfverfahren absolvieren müsste. Brauchen wir dafür aber wirklich ein Freihandelsabkommen, so wie es jetzt verhandelt wird? - Wir meinen: Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Zölle, die gerne als Argument angeführt werden, sind mit einer Höhe von etwa 4 % kein wirkliches Handelshemmnis. Beim TTIP geht es auch nicht in erster Linie um die Zölle, sondern um die nichttarifären Handelshemmnisse. Es geht also um die Angleichung von Standards und um die gegenseitige Anerkennung von Zulassungsverfahren, zum Beispiel bei der Gentechnik, und um höhere Gewinne, die sich die großen multinationalen Konzerne von diesem Freihandelsabkommen versprechen.

Die Risiken, die die CSU-Fraktion und auch alle anderen Fraktionen benennen, sehen wir genauso kritisch. Auch wir wollen keine Absenkung der Verbraucherstandards. Auch wir wollen größere Transparenz bei den Verhandlungen und eine stärkere Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, übrigens auch der NGOs, Frau Müller, die nämlich auch nicht beteiligt sind.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Pfaffmann, der vorher gesagt hat, dass wir die öffentliche Daseinsvorsorge definieren müssen. Wir hatten im Landtag ein Gespräch mit Herrn Schlegelmilch von der EU-Kommission. Ich habe ihn danach gefragt. Seine Antwort war: Was wir unter Daseinsvorsorge verstehen, definieren wir selbst, und das sagen wir heute nicht; wir müssen ja Verhandlungsmasse haben. So sehen also im Endeffekt die Verhandlungen in Brüssel aus. Wenn Sie von der CSU glauben, Sie könnten durch einen Antrag eine Absenkung der Verbraucherschutzstandards verhin-

dern, dann ist dies wirklich blauäugig und überhaupt nicht realistisch; denn das Ziel der Verhandlungen ist eine Angleichung der Standards. Niemand braucht zu glauben, dass am Ende die höheren Standards für alle bindend sind – nein, die niedrigeren Standards werden für alle gelten. Genau das wollen wir doch verhindern.

Für besonders gefährlich halten wir die geplanten Regelungen zum Investitionsschutz. Konzerne sollen die Möglichkeit erhalten, gegen Staaten zu klagen, und das nicht vor nationalen Gerichten, sondern vor Schiedsgerichten, unter Umständen in Hinterzimmern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Demokratie wird hier massiv gefährdet und auf Dauer völlig ausgehebelt. Sie von der CSU benennen diese Schiedsgerichte auch, Sie lehnen sie aber nicht einmal ab, sondern Sie wünschen sich nur, dass diese Schiedsgerichte folgenlos bleiben. Das ist wirklich naiv.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen beim TTIP nur wenig Licht, aber sehr viel Schatten. Gerade was Verbraucherschutz, Naturschutz, Landwirtschaft und Daseinsvorsorge angeht, sind die Risiken immens. Als die großen Gewinner dieses Abkommen sehen wir die multinationalen Konzerne und die global agierenden Anwaltskanzleien. Es ist doch egal, wo die Konzerne ihren Sitz haben: in Amerika, in Kanada oder sonst wo - die Verlierer werden überall die Verbraucher sein. Auch die kommunale Selbstverwaltung wird auf der Verliererseite sein, ebenso die nationalen Parlamente; denn die Parlamente müssen sich in Zukunft überlegen, ob sie eine Gesetzesänderung durchbringen wollen. Sie müssen vorher überlegen, ob sie nicht anschließend verklagt werden, weil sie dadurch Investitionen behindern oder einschränken.

Kurz und gut: Der Antrag der CSU-Fraktion springt eigentlich nur auf die öffentliche Empörung auf, ist aber nicht gut gemacht; er ist inkonsequent. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lehnen auch den Antrag der SPD-Fraktion ab, weil er eigentlich genau in die gleiche Richtung zielt. Es werden immer nur rote Linien genannt. Beim TTIP brauchen wir aber eine klare Kante. Wir müssen nicht nur rote Linie definieren. Was ist denn los, wenn die roten Linien überschritten werden? Wenn sie überschritten werden, muss man dieses Abkommen ablehnen. Das ist unsere Linie. - Wir fordern, dass das Freihandelsabkommen, so wie es jetzt geplant ist, soweit wir dies überhaupt wissen, abgelehnt wird. Sie von der CSU dagegen wollen die Verhandlungen offenbar unbeirrt weiterführen. Wie gesagt: Deshalb stimmen wir dem Antrag der CSU nicht zu und bitten um die Zustimmung zum weitergehenden Antrag unserer Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte nun Frau Staatsministerin Dr. Merk ans Rednerpult.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung steht für verlässliche Wirtschaftspolitik. Deshalb sind wir für TTIP. Ich nenne – und das nicht abschließend – dafür drei Gründe, weil die positiven Gründe für das Freihandelsabkommens in der Öffentlichkeit leider viel zu selten genannt werden.

Erstens geht es natürlich sehr wohl um den Abbau von Zöllen. Die Zölle zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sind zwar schon jetzt nicht extrem hoch. Zwischen diesen beiden Ländern geht aber ein sehr hoher Umsatz über den großen Teich. Dabei addieren sich die Zölle natürlich. Deswegen sind diese Kosten keineswegs gering. Wir haben heute schon gehört, dass die Automobilhersteller eine Milliarde Euro an Zöllen pro Jahr bezahlen. Man kann sich vorstellen, dieses Geld auch in bessere Dinge zu investieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche?)

Zum Zweiten sind wir für TTIP, weil wir uns dadurch einen Abbau bestehender Hemmnisse für den Handel versprechen. Ohne die beiderseits hohen Schutzniveaus abzusenken, entfallen erhebliche Kosten für Doppelprüfungen und Zulassungen. Herr Pfaffmann, Sie sagen, dass in Amerika neue Produkte einfach so, ohne Zulassungsverfahren auf den Markt gebracht werden können. Das ist schlichtweg nicht richtig. Die FDA verlangt selbstverständlich Zulassungsverfahren für neue Produkte.

Sie haben vorher gesagt, dass die Wirtschaft gar nicht in Gefahr sei. Vielleicht ist sie nicht in Gefahr, wenn man das Freihandelsabkommen nicht weiter verhandelt. Arbeitsplätze sind aber in Gefahr. Zum einen geht es um die Sicherung von bereits vorhandenen Arbeitsplätzen. Auch dafür müssen wir etwas leisten. Zum anderen geht es aber auch um 0,5 % Wachstum.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In zehn Jahren!)

- In zehn Jahren. Da wird so getan, als ob das wenig ist. Rechnen Sie das doch einmal auf die Arbeitsplätze in Europa um: Das bedeutet mehrere hunderttausend Arbeitsplätze, die neu hinzukommen. Wenn das nichts ist, verstehe ich von Mathematik wirklich überhaupt nichts.

(Zuruf der Abgeordneten Rosi Steinberger (GRÜNE))

- Das müssen jetzt ausgerechnet Sie sagen. Sie haben vorher nur mit Spekulationen gearbeitet. Was soll denn das bitte schön?

(Beifall bei der CSU)

Zum Dritten sind wir für TTIP, weil wir uns dadurch einen immensen Wertschöpfungszuwachs versprechen. Ich möchte schon einmal sagen: Schließlich geht es auch darum, dass unsere Wirtschaft wachsen kann. Die USA sind der wichtigste Exportmarkt und zugleich der wichtigste Investitionsstandort für unser Land. Das heißt, dass ein transatlantisches Freihandelsabkommen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirt-

schaft, die auf Export ausgerichtet ist, natürlich deutlich stärken wird, und zwar in die Zukunft hinein, mit Blick auf unsere Nachkommen, unsere Kinder und Enkel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind aber nicht nur verlässliche Partner der Wirtschaft. Die Bayerische Staatsregierung steht selbstverständlich auch für eine verlässliche Verbraucherschutzpolitik. Wir wissen, dass in der Bevölkerung Befürchtungen bestehen. Sie bestehen vor allen Dingen deshalb, weil vielfach auf Dinge hingewiesen worden ist, die möglicherweise im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen auf den Tisch kommen. Deswegen unterstreiche ich noch einmal ganz deutlich: Wir wollen ein Freihandelsabkommen, aber wir wollen ein ausgewogenes Freihandelsabkommen. Die hohen Standards, die wir in Europa mühsam erkämpft haben – das war eine lange und eine schwierige Angelegenheit -, müssen beibehalten werden. Wir werden sie nicht zur Diskussion stellen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pfaffmann, Sie wissen, dass auch der Bundeswirtschaftsminister genau dieses sagt und dass somit kein Blatt zwischen uns passt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das habe ich ja nicht behauptet!)

Ich spreche unsere bayerischen Kernanliegen an. Auch da muss ich widersprechen. Wir mussten nicht zum Jagen getragen werden. Von Anfang an, seit ich mein Amt übernommen habe, habe ich das Thema Freihandelsabkommen auf meiner Agenda gehabt. Das Thema lautet: Unsere hohen Standards bei Ernährung, bei Umwelt, bei Gesundheit und bei Verbraucher- und Datenschutz müssen wir behalten. Auf diese Werte vertrauen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir wollen sie nicht aufgeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt: Ein Mehr an Liberalisierung im Handel darf nicht zu einem Weniger an Verbraucherschutz führen.Wir haben zur Bedeutung der Trinkwasserversorgung oft etwas gehört. Ich möchte deutlich sagen: Unsere Trinkwasserversorgung wird von TTIP nicht berührt. Trinkwasser ist ein so elementares Gut – darin sind wir doch einer Meinung –, dass wir für dessen

hohe Qualität kämpfen – nur für den Fall, dass irgendjemand meint, er könne daran rütteln.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Nein. – Punkt zwei: Der Schutz unserer Lebensmittel, aber auch unserer kulturellen Güter ist nicht verhandelbar. Das heißt: kein Hormonfleisch, kein Klonfleisch, keine gentechnikmanipulierten Nahrungsmittel. Das heißt vor allen Dingen: keine Chlorbäder anstelle unserer strengen Hygieneanforderungen.

Das haben vor Kurzem Kollegin Ilse Aigner und ich in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Gabriel deutlich zum Ausdruck gebracht. Er hat am Montag nach dem Gespräch zu TTIP mit hohen Vertretern der EU und der USA erklärt, eine Absenkung der hohen EU-Standards etwa beim Verbraucherschutz oder bei den Arbeitnehmerrechten sei in Europa nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen nicht zu erwarten. Er sieht vielmehr die Chance für uns, durch TTIP neue, höhere Maßstäbe für die wirtschaftliche Globalisierung zu setzen. Das entspricht auch dem Ergebnis der Gespräche, die ich in den USA geführt habe. Das wäre ein Vorteil für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber genauso für unsere Unternehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen mehr Transparenz. Die Öffentlichkeit muss wissen, mit welchen Zielen die Verhandlungen geführt werden, über welche Themen verhandelt worden ist und was dabei herauskommt. Das haben wir gegenüber dem Bund und der EU, aber auch in den Vereinigten Staaten deutlich artikuliert. Wir werden das auch in Zukunft tun.

Ein richtiger Schritt ist die Etablierung des neuen Beratergremiums, das aus Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Verbraucherverbände, auch der NGOs besteht. Ebenso zu nennen ist die schon erwähnte öffentliche Konsultation zum Investitionsschutz.

Dennoch bleibt vieles offen. Nicht tragbar ist die Verschlossenheit der Amerikaner, wenn es um Verhandlungsdokumente geht. Insoweit sehe ich übrigens auch die EU-Kommission in der Pflicht. In das neue Beratergremium gehören zudem unbedingt Vertreter der Kommunen. Und ich fordere: Kein TTIP ohne Beteiligung der nationalen Parlamente! Auch damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem Bundeswirtschaftsminister, der dies am Montag noch einmal sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Für die Staatsregierung ist klar, dass es sich bei TTIP um ein "gemischtes" Abkommen handelt. Das bedeutet, dass es von unseren nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss. Ich erwarte, dass die EU-Kommission diese Haltung übernimmt. Dafür setzen wir uns nachdrücklich ein.

Noch etwas zum Investitionsschutz: Das ist nichts Neues. Es wird häufig so getan, als ob plötzlich und zum ersten Mal das fürchterliche Gerät "Investitionsschutz" auf uns knalle. Es gibt bereits 130 bilaterale Investitionsschutzabkommen. Diese sind vor allen Dingen mit Staaten geschlossen worden, die keine gute Justiz haben, in denen der Rechtsstaat nicht belastbar genug ist oder weil man einfach der Meinung ist, man müsse mehr Sicherheiten haben. Aber in einem Freihandelsabkommen zwischen hoch entwickelten Rechtsstaaten

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Braucht man es nicht!)

kommen wir ohne Investitionsschutzkapitel aus. Da brauchen wir es nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eben!)

– Auch in diesem Punkt sind wir wieder einer Meinung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das habe ich nicht bestritten!)

– Herr Pfaffmann, was haben wir doch heute für einen schönen Tag! - Sie sehen: Die Bayerische Staatsregierung kommt den in Ihrem Antrag formulierten Forderungen bereits nach.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein!)

Wir machen uns für die Erfüllung der Kernforderungen auf allen Kanälen stark: in bilateralen Gesprächen mit der EU-Kommission, im Bundesrat, auf der Washington-Reise, die vor Kurzem stattfand.

Wenn manche behaupten, unsere Forderungen interessierten niemanden, dann entgegne ich: Wenn dem so wäre, würde dann der Verhandler der EU, Handelskommissar De Gucht, nächste Woche nach München reisen, um mit mir über TTIP zu sprechen? Auch in Brüssel hat man bemerkt, dass dieses Thema nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in den Regionen, insbesondere und von Anfang an in Bayern, als so wichtig angesehen wird, dass man dazu in Kontakt bleiben muss.

Deswegen halte ich die Forderung nach Abbruch der Verhandlungen – oder wie immer man das bezeichnen möchte – für abenteuerlich und abwegig. Wir würden uns dann in die Isolation begeben und unsere Chancen vertun. Das wäre Ausdruck verzagten Handelns. Es würde zeigen, dass wir nicht selbstbewusst genug sind, zu kämpfen, um die entsprechenden Möglichkeiten zu schaffen.

Wir haben die ACTA-Verhandlungen erlebt. Ich gehe davon aus, dass auch andere inzwischen verinnerlicht haben: Wenn man geheim verhandelt und wenn man so verhandelt, dass die wesentlichen Kritikpunkte, die immer wieder angeprangert werden, nicht berücksichtigt werden, dann gibt es letztlich keine Zustimmung.

Wir wollen die Zustimmung. Wir sagen aber auch: Zum jetzigen Zeitpunkt geht es darum, die Chancen und die Herausforderungen zu verdeutlichen sowie die Erwartungen zwischen den beiden Verhandlungsführern noch einmal abzustimmen. TTIP ist so auszugestalten, dass beide Seiten zustimmen können.

TTIP hat das Potenzial, den Maßstab für die Weltwirtschaftsordnung zu setzen. Daran wird man sich orientieren, wenn man in Zukunft Standards setzen will. Es ist doch besser, wir setzen die Standards nach unseren westlichen Vorstellungen – diese stimmen

im Großen und Ganzen überein –, als sie aus anderen Regionen der Welt gesetzt zu bekommen und uns dann damit abfinden zu müssen. Auch deshalb ist TTIP sehr wichtig. - Wir brauchen und wir wollen ein TTIP, mit dem die Wirtschaft und die Verbraucher in der EU gut leben können. Deswegen empfiehlt die Bayerische Staatsregierung, die Dringlichkeitsanträge der Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen, und begrüßt den Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. – Ich möchte zwischendurch ankündigen: Die CSU-Fraktion hat für den aufgerufenen Antrag mit der Drucksachennummer 17/1780 namentliche Abstimmung beantragt – nur, damit die Uhr anfangen kann zu laufen. - Zunächst Frau Steinberger, dann Kollege Pfaffmann.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin Merk, Sie haben ein paar sehr schöne Sätze gesagt, die auch mir gefallen haben: Verbraucherschutz ist wichtig, und ein Investitionsschutzabkommen brauchen wir nicht. Die kommunalen Verbände sind an den Verhandlungen zu beteiligen. – Wie wollen Sie diese Ziele erreichen, wenn Sie gleichzeitig die mangelnde Transparenz kritisieren? Wie können Sie bzw. die Bayerische Staatsregierung überhaupt darauf Einfluss nehmen, dass alle diese Punkte, die uns allen sehr wichtig sind, tatsächlich in dieses Abkommen hineinverhandelt werden, wenn sie selbst gar nicht wissen, was drinsteht?

Nächster Punkt: Wenn all das, was wir alle nicht wollen, dennoch in das TTIP hineinverhandelt wird, wie ist dann Ihre Reaktion? Sie sagen immer, Sie wollten das Abkommen, das sei für die CSU total wichtig. Wenn allerdings die kritikwürdigen Passagen nicht gestrichen werden – lehnen Sie es dann ab? Befürworten Sie dann, dass dieses Abkommen nicht zustande kommt? Wenn nicht, wäre Ihr Verhalten wieder inkonsequent.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Kollegin, Sie haben es durchaus richtig gesagt: Wir pochen auf die Berücksichtigung der Forderungen, die ich genannt habe. Darauf legen wir größten Wert. Es ist wichtig, dies permanent an Ort und Stelle anzubringen, sowohl gegenüber den Unterhändlern der Vereinigten Staaten als auch gegenüber unserem Bundeswirtschaftsminister; denn er ist derjenige, der die großen Themen, die Deutschland bewegen und die im Rahmen der Gespräche über TTIP behandelt werden, an De Gucht heranträgt. Alle sind von uns über unsere Meinung informiert worden. Wir stehen hinter dieser Meinung. Um es klar zu sagen: Dafür kämpfen wir.

Zum Zweiten: Im Moment warte ich ab, was passiert. Wir sind ganz am Anfang der Verhandlungen. Falls Punkte, die wir absolut nicht mittragen können, in diesem Paket enthalten sein sollten, werden wir entsprechend reagieren. Aber noch ist nicht der Zeitpunkt für solche Überlegungen. Im Moment, bevor die Verhandlungen konkret werden, ist der Zeitpunkt dafür, unsere Meinung unmissverständlich zu sagen und den Verhandlungspartnern gegenüber klipp und klar zum Ausdruck zu bringen: So wollen wir es, das ist für uns eine Bedingung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, ich will dieses Abkommen nicht ablehnen. Obwohl ich Ihnen in vielen Punkten zustimme, bleibe ich bei der Feststellung: Sie haben viel geredet, aber keine Antworten auf die entscheidenden Fragen gegeben, die übrigens auch durch die NGOs und die Initiatoren von Unterschriftenaktionen formuliert werden.

Eine entscheidende Frage lautet: Sind Sie nun dafür, dass wir Daseinsvorsorge definieren, damit wir diesen Bereich aus TTIP herausnehmen und die kommunale Selbstverwaltung absichern können?Wenn Sie dafür sind – das sagen Sie immer –, müssten Sie unserem Antrag eigentlich zustimmen. Warum tun Sie das nicht? Warum schlagen Sie vor, den Antrag abzulehnen? Das kann ich nicht nachvollziehen.

Sie haben nichts zu einem qualifizierten Wachstum gesagt. Selbstverständlich ist Wachstum relativ. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass Wachstum qualitativ hochwertig sein muss im Sinne von sicheren Arbeitsplätzen, von tarifgestützten Arbeitsplätzen und von Mindestlohnbezahlungen, und zwar für alle, die an diesem Freihandelsabkommen teilnehmen?

Die Frage würde mich schon interessieren: Sollten die von Ihnen genannten roten Linien, die No-Gos, nicht zum Tragen kommen und sollte der Bundesrat möglicherweise zustimmen müssen, lehnen Sie das Abkommen dann ab oder nicht? Die Frage ist ganz einfach zu beantworten. Man kann nicht ausweichen, indem man sagt: Warten wir es mal ab. Diese Frage kann man heute beantworten. Wenn man mit großem Getöse Verbraucherschutzstandards, Schutzmechanismen, qualifiziertes Wachstum und Schutz der Daseinsvorsorge anführt und das alles nicht drin ist, kann man dann sagen, man lehnt es ab?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Richtig!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sagen Sie das?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Ja.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das haben Sie bisher nicht gesagt.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Natürlich.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das würde mich interessieren, sofern Sie mitbestimmen und ablehnen können.

Frau Präsidentin, vielleicht darf ich noch einen letzten Punkt anfügen. Wir reden von dem Entstehen eines der größten Märkte – da haben Sie schon recht. Das hat sicher auch wirtschaftliche Vorteile. Ich bitte aber, eines nicht zu vergessen. Riesenmärkte sind immer zum Nachteil kleinerer Märkte. Denken Sie an die kleinen Staaten, die Dritte-Welt-Staaten? Denken Sie an die Staaten, die bei wenig Produktivität möglicherwei-

se auf Export angewiesen sind? Man sollte nicht vergessen, dass es auch im Rahmen dieses Abkommens eine soziale Verantwortung gibt.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Für den Antrag der GRÜNEN ist auch namentliche Abstimmung angekündigt worden. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Bei diesem Freihandelsabkommen geht es aber jetzt um Europa und die Vereinigten Staaten, um das deutlich zu sagen. Es geht vor allen Dingen darum, in europäischen Ländern, in denen momentan junge Menschen keine Arbeitsplätze haben, endlich Arbeitsplätze zu generieren, um dort sozial arbeiten zu können und die Menschen zu unterstützen. Daran müssen wir denken – primär in Europa.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Freihandelsabkommen für Griechenland!)

- Sie haben sehr lange gesprochen. Erlauben Sie mir bitte, die Redezeit dafür zu verwenden, Ihnen zu antworten, Herr Pfaffmann. Sie haben gefragt, was passiert, wenn im Bundestag eine Regelung durchgeht, die unseren Intentionen nicht entspricht oder den Punkten, die wir jetzt genannt haben, widerspricht. Ich glaube nicht, dass so etwas passiert. Sollte es passieren, werden wir selbstverständlich ablehnen. Das ist doch klar. Was soll denn das?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Außerdem müssen wir dem im Bundestag zuerst zugestimmt haben! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Ministerpräsident, ich habe vom Bundesrat geredet, nicht vom Bundestag!)

Sie haben nach der Definition von Begriffen zur öffentlichen Daseinsvorsorge gefragt. Das ist ein Thema, das in allen europäischen Staaten möglicherweise unterschiedlich beurteilt wird.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

- Richtig. Das ist ein Thema, das wir möglicherweise in acht Jahren auch anders beurteilen werden, weil sich unter Umständen Entwicklungen ergeben, von denen wir noch gar keine Ahnung haben. Es kommt immer etwas Neues hinzu. Deswegen hat die öffentliche Daseinsvorsorge in unserem Gesetz auch keine abschließende Definition. Das ist der Punkt. Ich habe mit den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen. Wir waren uns einig, dass wir keine abschließende Definition wollen. Wir wollen eine weit gefasste Daseinsvorsorge. Das ist das, wofür wir uns einsetzen. Wir wollen keine enge Definition.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Sie sagen das so. Ich sage noch einmal: Es gibt Dinge, die heute zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, die wir uns vor einigen Jahren nicht hätten vorstellen können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche?)

- Telekomunikation, Digitalisierung. Das sind Punkte, die damals in diesem Ausmaß noch gar nicht von so großer Bedeutung für die Menschen waren, dass man sie zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt hätte.

Wollen Sie das jetzt hören?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bin multitasking-fähig!)

- Alles klar.

Zu diesen Themen sagen wir: Das erfolgt umfassend und im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das ist der Grund, weshalb ich sage, dass die kommunalen Spitzenverbände in das Beratergremium hinein müssen. Sie müssen ihre Belange vor Ort direkt einbringen können. Das ist das Thema: nichts abschneiden, alles eröffnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich kündige eine weitere namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER an. Nachdem die Wartezeit noch nicht um ist, rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu den namentlichen Abstimmungen zurück, die wir noch durchführen müssen. Vorweg möchte ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen lassen, weil hierzu keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1798 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion; danke. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zu den namentlichen Abstimmungen und lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1780 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.16 Uhr)

Könnten Sie mir bitte etwas mehr zuhören? Das wäre nett. – Es geht um den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1799. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Für diese Abstimmung haben Sie drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.17 bis 16.20 Uhr)

Wir kommen zur letzten namentlichen Abstimmung innerhalb dieses Tagesordnungspunktes. Ich lasse über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1800 abstimmen. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 16.21 bis 16.24 Uhr)

Ich darf nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Transatlantischen Abkommen bekanntgeben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1780: Mit Ja haben 125 gestimmt, mit Nein haben 27 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt das Ergebnis des Antrags der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1799: Hier haben 66 mit Ja gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt noch das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1800: Mit Ja haben 62 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Bayerische Interessen bei der TTIP durchsetzen (Drucksache 17/1780)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	125	27	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Ablehnung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bei Überschreitung der bayerischen roten Linien (Drucksache 17/1799)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max			
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	84	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Transatlantisches Freihandelsabkommen darf Umwelt- und Verbraucherschutzstandards der Europäischen Union nicht aufweichen (Drucksache 17/1800)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max			
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	86	1